

Bericht über deutscher Gelehrter und Schriftsteller. unter ihnen Professor Einstein, Professor Driesch, Prof. Radbruch, Prof. Kinkel, Heinrich Mann, Leonhard Frank, Ernst Toller, Zustmaner, Theodor Wolf, Georg Bernhard, Alfred Kerr, Käthe Kollwitz, Stössinger, Bloch usw. Professor Unamuno eine Huldigungs- und Begrüßungssrede gefandt haben, in der sie ihn zu seiner Rückkehr aus dem glorreichen Exil beglückwünschen und ihn als tapferen Kämpfer, Philosophen und Dichter feiern. Bei dieser deutschen Huldigung, die dem Schriftsteller Unamuno gebühren mag, die aber für den Politiker unangebracht erscheint, wird man unwillkürlich an die Deutsche Feindschaft des Professors erinnert. Zu Beginn des Weltkrieges gründete nämlich Unamuno gemeinsam mit dem verstorbenen Dichter Blasco Ibáñez die "Uph antiguemana" in Spanien, die es sich in dem sonst deutlich spanischen Spanien anlegen sein ließ, Kübel von Schmutz und Verleumdungen über alles Deutsche zu schütten, und die auch, ebenso wie es die Gelehrten der Entente taten, die deutsche Wissenschaft verunglimpften. Professor Unamuno mag im Laufe der Jahre seine Einstellung geändert haben, aber die in Spanien ansässigen Deutschen können sich nicht so schnell umstellen.

Die republikanischen Quertriebserden sind vorläufig Oberflächenercheinungen geblieben. Die Regierung Berenguer hat die Jügel ein wenig straffer angezogen, ein einsames Verbot, ohne Anwendung von Gewaltmitteln genügte, um den republikanischen Umzügen ein Ende zu machen. Die wirtschaftlichen Machtstellen im Reich, die Gesellschaft und das Militär, sind Königstreue. Auch die große Masse der Landbevölkerung, die Töchter und Bauten, sind es. Die organisierte Arbeiterschaft aber, die "Unión de Trabajadores", hat sich in den letzten sechs Jahren unter der Führung Primo de Riveras mehr professionellen Interessen als der reine Politik zuwenden. Sie hat sich z. B.

geweigert, an den antimonarchischen Kundgebungen der akademischen Jugend teilzunehmen. Außerdem ist Spanien mit Ausnahme von Katalonien und eines Teiles des Nordens vornehmlich ein Agrarstaat, so daß der Arbeiterschaft nicht dieselbe Rolle wie in einem Industrielande zukommt.

Man darf zusammenfassend behaupten, daß die republikanischen Strömungen im Lande keine Gefahr für den Thron Alfonso bedeutet. Immerhin haben die Monarchisten dazu geführt, daß sich nun auch die Monarchisten zusammen schließen und sich schützend vor den König stellen. Zuerst waren es die Grandes, die einen großen Einfluß besitzen, und denen die Verfassung vom Jahre 1876 einen erblichen Sitz im Senat einräumt, die sich zusammenfanden und sich für die Verteidigung der Monarchie einsetzten. Der Kardinal-Primas von Spanien und der päpstliche Nuntius machten dem König einen viel beachteten Besuch. Der Graf de la Granja veranstaltete öffentliche Volksveranstaltungen, auf denen Tausende den König hochleben ließen. Der Graf de Burgos, den die mächtige konservative Partei zu ihrem Führer gewählt hat, hat erklärt, daß jede Kritik des Königs unerlaubt sei, da nicht der Monarch, sondern seine Minister verantwortlich wären. Auch die anderen Parteiführer, mit Ausnahme von Sanchez Guerra, richten ihre Angriffe nicht mehr gegen den Thron. Das bedeutet aber nicht, daß die Regierung des General Berenguer allen Schwierigkeiten Herr geworden ist. Sie ist gezwungen, das Diktaturenregime beizubehalten und die Pressezensur auszuüben, um das Aufstarken neuer Unruhen zu verhindern. Die Verfassung soll noch in diesem Jahr wiederhergestellt werden, aber es gibt Pessimisten, die nicht recht an die Erfüllbarkeit dieses Versprechens glauben wollen. Auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich der neuen Regierung entgegenstellen, sind groß. Die Peña hat ihren Trossland beibehalten.

Gelebt wird. Werner hält der Gesetzesentwurf das bisherige Bevölkerungsverhältnis des Staates, der Gemeinden und Bezirke sowie des Bevölkerungsanteils an der Kraftfahrzeugsteuer aufrecht (50 Proz. Staatanteil, 45 Proz. Bezirkanteil, 5 Proz. Anteil des Bevölkerungsanteils), bestätigt aber die Verteilung des Bezirkanteils unter die bezirkstreuen Gemeinden und Bezirke, verbündet nach dem ehemaligen Anglersteuerzoll und führt das für entsprechend den Wünschen der Gemeinden und Bezirke verbündete die Verteilung je zur Hälfte nach der Weglänge und der Zahl der Kraftfahrzeuge ein. — Der Minister wurde zuletzt gegen die R.A. ab, die von Seiten des südlichen Sachsen-Anhalt eingetragen, auf die Entwurf gebracht worden ist und erklärte, die Behauptung des Gemeindetages, daß die in dem Artikel behandelten Kürzungen im Staatshaushaltplane die Gemeinden im gleichen Umfang belasteten, treffe zum großen Teil nicht zu. Zum kleineren Teil also doch. D. A.

Aufrüttlich verbreitete sich dann der Minister über den vorauftretenden Ertrag der Landessteuer in Sachsen-Anhalt bei der Grundsteuer, der Gewerbesteuer, der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umbergleben, bei der Schadstoffsteuer und bei der Aufwertungssteuer nicht unerheblich höher. Erträge als im Staatshaushaltplane für 1929 eingesetzt werden, nämlich bei der Grundsteuer 500 000 000 RM., bei der Gewerbesteuer 20 000 000 RM., bei der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umbergleben 500 000 RM., bei der Schadstoffsteuer 500 000 RM., bei der Aufwertungssteuer 500 000 RM., 13 000 000 RM. und bei der Aufwertungssteuer 500 000 000 RM., 40 000 000 RM. Nur bei der Stempelsteuer ist wieder der im Staatshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1929 veranschlagte Betrag von 8 000 000 RM. eingesetzt worden.

Dann wiederholte der Minister die Ausführungen über die Schulden des südlichen Sachsen-Anhalt, die wir hierfür ausführlich niedergegeben haben. Als erste Rate zur Abzahlung der Schulden sind im Haushaltplan 1 Million Mark vorgesehen. — Weiter ging der Minister im einzelnen auf die übrigen Positionen der Aussage ein. Dabei wurden besonders die gemachten Einsparungen hervorgehoben, die zum Teil recht schmerlicher Natur sind. Vor allem gilt das hinsichtlich des Ausbaus der südlichen Straßen, der ebenfalls, wie berichtet, gestrichen werden soll. Zum Trost bemerkte der Minister: Es ist als ein Glück zu bezeichnen, daß es im vergangenen Jahr noch gelungen ist, das Straßenausbauprogramm trotz erheblicher Einsparungen immerhin somit zu fördern, daß jetzt eine Erweiterung mitschafflich ertragbar ist. Es sind bis jetzt 800 Kilometer schwere Deichungen und 470 Kilometer Deichen mit Erhöhung fertiggestellt und 1100 Kilometer mit Überflächenanstrich versehen, so daß etwa 3% der südlichen Staatsstraßen in Ordnung gebracht sind.

Zum Schluss wurden die Aufgaben des südlichen Staates vermehrt und der wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates im Einzelnen gewidmet. Neben der bereits bekannten Feststellung, daß die Talsperre Kriebstein und Weiterschwiel 1930 fertiggestellt werden wird und daß die Talsperre an der Lehnsmühle Ende 1930 vollendet sein wird, interessierte vor allem der Bericht über den

Stand der A.G. Sächsische Werke.

Den erheblichsten Einnahmeposten unter den Einnahmen der Allgemeinen Kostenverwaltung (Kap. 11) stellt nunmehr die Dividende ein, die der Aktiengesellschaft Sächsische Werke in Höhe von 7 Mill. RM. Wenn auch die kleinen Wirtschaftsbetriebe auf die Entwicklung der Aktiengesellschaft Sächsische Werke nicht ohne Einfluß geblieben ist, so sind doch die Umsätze weiterhin gestiegen. Die Stromerzeugung der Gesellschaft erreichte im Jahre 1929 insgesamt 911 Mill. kWh, gegenüber 734 Mill. kWh im Vorjahr; sie ist also um 24% Prozent gestiegen. Auch die Braunkohlenförderung der Gesellschaft liegt mit 8.8 Mill. Tonnen sogar über 1928 mit 8.1 Mill. Tonnen um 21 Prozent über dem Vorjahr. Die Heizstofflieferung entfällt auf das Wittenauer Werk. In noch größerem Umfang, nämlich um 37 Prozent, ist die Arithmetik hergestellt gestiegen.

Der von dem Aufsichtsrat der Sächsischen Werke beschlossene Ausbau der Werke ist weiter fortgeschritten, auch auch die Kapitalbeschaffung mit großen Schwierigkeiten vereinfacht. Von besonderer Bedeutung für die südliche Elektromotorschafft ist die Fertigung des Pumpenwerkwerkes Weißeritzmarktha, das im Laufe des Rückhaltes dem Betrieb übergeben werden soll, aber schon heute im Probebetriebe sich befindet und sich durchaus bewährt hat. Ich benutze hierbei die Gelegenheit, gegenüber den Gerichten über eine Kostenüberrechnung beim Bau schriftlich zu klären, daß die im Anschlag verzeichneten Mittel — natürlich endlichlich der Steigerung der Löhne und Pauschalhöfe während der Bauzeit — ausgereicht haben, um das Werk zu vollenden. Die Kostenstellen werden vornehmlich rund 27 Mill. RM. betragen. Auch die möglichen Anlässe, insbesondere der obere Damml und die Wasserscheiden in der Talsperre, sind völlig einwandfrei und waffenstich, so daß auch die hierüber festgestellte in ihrerart beständige Gewähr ins Geiste des Arbeit zu vermittelnden.

Der Minister schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß von allen Gebieten die Ausführungen der Länder zur Höhe gebracht werden, um die gesamte Wirtschaft der Länder und Gemeinden für die Überweisungen ein Mehrbetrag von rund 121 Mill. RM. vorzusehen ist.

Anschließend gab der Minister die Änderungen bekannt, die nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf über den

Landessinnanzausgleich

vorgenommen sind. Der Entwurf sieht vor, daß der Anteil des Landesausgleichsstocks an den Einkommensteuer und Körperchaftsteuer von 8 v. H. auf 4 v. H. erhöht und dafür der Anteil des Staates an diesen Steuern von 47 auf 46 1/2 v. H. und der Anteil der Gesamtheit der Gemeinden, der selbstständigen Güterbezirke und der Bezirksoverbände von 50 auf 40 1/2 v. H. herab-

Die Ein

Arbeitsgemeinsch

Was lange Zeit nach der Schaffung einer Schirmvereinbarung ist nun einiging zwischen dem Sportverbän

alszogen. Es bedarf einer des Hauptaufsichtsrates der Sächsischen Werke bestehenden großen Körperhulteung auf einer gemeinsamen werden. Die bestehenden der drei Gemein

Die bevölkern die Deutschen Turner sind in Sachsen-Anhalt in Berlin eingetragen. Die bestehenden drei Gemein

Als ein beider Verbündungen darf die Sächsische Werke, die im Jahr 1930 am 2. und 3. Mai in Berlin gemeinsam mit den Sportarten zu Zukunft für jede Liebhaber geben soll.

Eicher

Die beiden omische ausgetragenen Sächsische Werke waren beide Schmiede, das jeweils auf verdient hätte

D.J.R. Offiziell in der ersten Halbjahr 1930 sind die beiden Schmieden überlegen, zu kommen. Die zweitgrößte werden, aber noch

D.J.R. Nach Städten hier war Nordhausen drei Tage, dann waren Schmiede der Hallen hier noch ist es, galt und dadurch den gewinnt.

Um die Sa

Der Turners

Die Wettbewerbs

2. I. wurden gestern

Spa. Dresdner — Gelen

Schon nach wenigen

der Turnergemeinde

der Turnertag wird

Wettbewerbs

Der Sächsische

zur größte An

in Berlin der 2. Halb

der Mittwoch heraus.

der Verteilung art

Proz. 9. Min. 2.0

Stadt und Halbzeit

Das Wettbewerbs

Turner und Erzieh

Grund hatte ein leid

das verantw

Wettbewerbs

Am Sonntag

Wettbewerbs

Wettbewerbs

Wettbewerbs

Wettbewerbs

Wettbewerbs

Wettbewerbs

Bebers Etatrede

Der mit Vorbehall ausgeglichene Staatshaushalt — Die Frage des Finanzausgleichs im Reich und in Sachsen — Der Stand der Sächsischen Werke

In seiner Begründungsrede zum südlichen Staatshaushaltplan für 1930 führte Minister Weber im wesentlichen folgendes aus:

Die Regierung legt dem Landtag den Entwurf eines Staatshaushaltplans für den Freistaat Sachsen für das Rechnungsjahr 1930 vor. Wie erledigtssichende Regierung ist sie des mit ausdrücklicher Billigung des Landtages. Wenn auch die rechtliche Vorlesung eines Staatshaushaltplans zu den Aufgaben einer Regierung nach der Verfassung gehört, so glaubte doch die leichtsinnigste Regierung die ausdrückliche Billigung des Landtages einholen zu müssen, da die Balanceierung des Staats einfließende Maßnahmen auf allen Gebieten der Verwaltung notwendig machen, denen zu leicht politische Motive unterstellt werden können.

Um ersten Male seit Amtseid wird im Freistaate Sachsen ein balancierter Etat

vorlegt. Damit wird nicht nur der gesamten öffentlichen Melnung Rechnung getragen, sondern auch das finanzielle Gleichgewicht für das Leben des einzelnen Staatsbürgers wie für alle Formen des Gemeinwohlslebens zur Geltung gebracht. — Mit dem Entwurf des Staatshaushaltplans für das Rechnungsjahr 1930 ist der Landtag gleichzeitig der Reihenfolge nach für das Rechnungsjahr 1928 geregangen. Dieser schließt mit einem rechnungsmäßigen Verlust von rund 870 Millionen RM. ab, ein Ergebnis, das als überaus günstig berechnet werden muß, wenn man sich vergenügt, daß der Staatshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1929 mit einem Defizit von rund 25 1/2 Mill. RM. veranschlagt war.

Im Hinblick auf den günstigen Rechnungsbilanz muß ich ernstlich davor warnen, anzunehmen, daß der vorgelegte neue Haushaltplan wiederum auch kleine Fehler enthält. Die Regierung muß im Gewissen ihrer Beforchtung Ausdruck geben, daß die an und für sich vorsichtig geschätzten Einnahmen infolge der großen Notlage unserer Wirtschaft nicht in vollem Umfang eintreten. Sie wird deshalb im Staatshaushalt 1930 von vornherein zu einer besonders vorsichtigen und sorgfältigen Haushaltsführung gezwungen sein.

Die Regierung bedauert es selbst, daß sie in dieser Zeit der Not nicht größeres Mittel zur Beliebung der Wirtschaft zur Verfügung stellen kann, weil ihr die Mittel dazu fehlen. Diese könnten ja auch bei der herrschenden Steuergeschägung nur durch die Wirtschaft einfach wieder aufgebracht werden, die aber neue steuerliche Kosten einfach nicht ertragen kann. Ich bin jedoch der Überzeugung, daß unsere südliche Wirtschaft bei ihrer vorhersehbaren Abschaffung der Wirtschaftsförderung nicht neue Reserven anlegt. — Ausdrücklich wünschte der Minister die Hilfe der einzelnen Verwaltungen, insbesondere die gewaltige Erwerbskraft, deren Umfang in Sachsen (323 000 Haupt- und Arbeiterunterstützungsbewohner, 2 960 000 Büchlagsempfänger) 50 Prozent über dem Reichsdurchschnitt liegt. Warne Werke sind der Minister auch für die Landwirtschaft. Im Falle seines bekannten Volkes ist von Steuererhöhungen grundsätzlich abzusehen — Die Regierung wird im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel alles tun, um durch Erteilung von Austrägen die Wirtschaft zu beleben. Sie wäre deshalb auch dem Landtag dankbar, wenn Anforderungen für die in neuen Etat vorgesehenen Bauten vorsichtig berücksichtigt würden.

Der Minister teilte dann erneut die Ablösung der Regierung mit, nämlich nur alle zwei Jahre einen vollständigen Haushaltspunkt vorzulegen. Der vorausgelegte ordentliche Etat für das Rechnungsjahr 1930 schließt mit einem Gesamtbetrag von rund 420 Millionen in Gründen und Ausgaben ab. Diese Summe ist also um rund 146 Mill. RM. niedriger als die Schamausgaben des offiziellen Haushalts 1929. Die Balanceierung des Etats ist erreicht worden einmal dadurch, daß die den Landtag zu schließenen Haushaltserörterungen befähigten Reserve in den Banken ausgewendet wird, und weiterhin durch eine weitere beschränkung der Wohnungsbau- und der Staatsanlagen. Diese letzteren konnten um 3,8 Mill. RM. erhöht werden, woran außer den Landwirtschaftsbetrieben und den Betrieben der Verwaltung alle Nebenschulden beteiligt sind, um für die Staatsliche Kraftwagenverwaltung die Landespost- und die Einnahmen aus der Altenrath-Laufschwimmstrecke zu erhalten.

Der Minister führt dann die einzelnen bekannten Maßnahmen auf, durch die der Staatshaushalt entlastet werden soll: Herabsetzung der Altersgrenze, Belehrung des Staatsministeriums für die Postverwaltung, Erhöhung der Bevölkerungssteuer in den klein-

en Anteilen des Staates, Erhöhung der Gerichtskosten und Verwaltungsgebühren.

Die Balanceierung des Etats läßt sich allerdings nur aufrecht erhalten, wenn die Reichssteuerüberweisungen nicht gefährdet werden. Leider lag bei der Aufstellung des südlichen Haushaltspunkts für das Rechnungsjahr 1930 der Entwurf des Reichshaushaltssatzes noch nicht vor. Nicht ohne berechtigte Sorge verfolgt die Regierung die Verhandlungen über das

Finanzprogramm für das Reich.

Die Länder und Gemeinden haben dazu einen berechtigten Grund, da in den letzten Jahren steuerliche Maßnahmen auf ihre Kosten vom Reich durchgeführt wurden, unbedacht der Tatsache, daß ihnen auf der anderen Seite durch Reichssteuer und Reichsverordnungen ganz unterschiedliche Webschäden auferlegt wurden. Das Finanzprogramm vom Dezember 1929 hat sogar eine Überräumung der Länder und Gemeinden von der Einnahmen- und der Kostenseite her bewirkt durch Heraufsetzung des Ländereanteils von 75 auf 60 v. H. vor. Der für die Länder und Gemeinden vorgesehene Etat an Steuerüberweisungen war zum Teil sehr problematische Natur.

Die damals von der südlichen Regierung mit einzelne Webschäden, die sich auch gegen die Ausbildung des Reichsatzes in so lebenswichtigen Fragen richtete, hat erstaunlichweise eine Wendung der Stellung der Reichsregierung ausgenommen, der Länder zu folgen gehabt. — Ich möchte bei dieser Gelegenheit die südlichen Werke den Dank der Regierung zum Ausdruck bringen, daß sie damals im wohlverstandenen Interesse des Landes die Regierung aufmerksam zur Abwendung der drohenden Gefahr unterstellt hat.

Die Gestaltung des neuen Finanzprogramms im Reihe steht nicht mehr nicht überzeugend, aber es muß immerhin erneut überzeugend festgestellt werden, daß für die Gesamtheit der Länder und Gemeinden für die Überweisungen ein Mehrbetrag von rund 121 Mill. RM. vorzusehen ist.

Anschließend gab der Minister die Änderungen bekannt, die nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf über den

Landessinnanzausgleich

vorgenommen sind. Der Entwurf sieht vor, daß der Anteil des Landesausgleichsstocks an den Einkommensteuer und Körperchaftsteuer von 8 v. H. auf 4 v. H. erhöht und dafür der Anteil des Staates an diesen Steuern von 47 auf 46 1/2 v. H. und der Anteil der Gesamtheit der Gemeinden, der selbstständigen Güterbezirke und der Bezirksoverbände von 50 auf 40 1